

# vbb magazin

6

Juni 2021 • 60. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten und Beschäftigten  
der Bundeswehr



## Viel Neues

Seite 8 <

Wechsel an der  
Spitze des VBB

Seite 9 <

Neue Wege für  
die Bundeswehr



> Editorial



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitglieder und Gasther,*

es war eine unerwartete Meldung, es ist eine ungewöhnliche Nachricht: Auf der Frühjahrssitzung des Bundesvorstands habe ich das Amt des Bundesvorsitzenden VBB aus gesundheitlichen Gründen zum 30. Juni 2021 niedergelegt. Dabei war mir wichtig, dass der VBB an der Spitze handlungsfähig bleibt und meine gesundheitliche Perspektive wieder positiv wird. Beides ist gelungen!

Bleiben wir beim Positiven. „Im Außendienst“ haben mir viele Menschen, mit denen ich in den letzten Jahren in Verbandsangelegenheiten in Kontakt kam, versichert, man merke sehr schnell, dass

mir die Arbeit in der Bundesleitung „meines“ Verbandes viel Freude bereitet. Tatsächlich gehe ich gerne auf Menschen zu, im vorliegenden Fall in sehr unterschiedlichen Positionen. Selbstverständlich war der Anfang nicht immer leicht, denn auch ich musste in die Rolle des Verbandsrepräsentanten hineinwachsen, um der eigenen Erwartung und der Verantwortung für andere gerecht zu werden. Es ging mir wie vielen Funktionsträgern des VBB, die ebenfalls viel Zeit opfern, um unsere gemeinsame Sache voranzutreiben. Man engagiert sich herzlich gerne und freut sich, wenn es Schritt für Schritt gemeinsam vorangeht.

Mein persönliches Engagement habe ich allerdings auf die Spitze getrieben. Die Erwartungen und die Verantwortung werden noch größer, wenn man wie ich mit uneingeschränkter Zustimmung zum Bundesvorsitzenden gewählt wird. Mein wohlüberlegtes Programm hatte ich persönlich auf vielen Versammlungen landauf und landab vorgestellt, zuletzt beim Bundesvertretertag in Berlin. Grundlegende Absicht war es, mit erfolgreichen Personalratswahlen den verbandsinternen Zusammenhalt, neudeutsch das „Networking“, weiter zu stärken, dann mit einem integralen Ansatz die Kontakte in den dbb sowie in das BMVg und die gesamte Bundeswehr zu vertiefen. Selbstverständlich gehören dazu aufbauende Kontakte in den parlamentarischen Bereich, die oft vertraulich sind. Alles mit der Zielsetzung, die Interessen der Mitglieder bestmöglich zu vertreten und als Team aufzutreten.

> Ausgabehinweis

**Das nächste Heft erscheint als  
Doppelausgabe Juli/August 2021.**

> Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 33,60 € zzgl. 7,20 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,80 € zzgl. 1,40 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62** (dbb magazin) und **Preisliste 46** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage:** dbb magazin: 552.395 (IVW 1/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

> vbb

>	Wechsel an der Spitze des VBB	8
>	Bundeswehr der Zukunft – zur Pressekonferenz von AKK	9
>	Neue Wege für die Bundeswehr	9
>	Lotse der Wehrverwaltung geht von Bord	10
>	Systemfehler behoben – Riestermeldungen funktionieren wieder fehlerfrei	12
>	Unfallfürsorge – Behandlungspflicht von Beamten/-innen bei einem Durchgangsarzt/einer Durchgangsarztin	13
>	Veränderungsmittelteilung	14
>	Bundesschwerbehindertenvertretung	15
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	17
>	Personalnachrichten	23



Weitere Informationen zum VBB finden Sie auch online.

Besuchen Sie uns unter:  
[www.vbb-bund.de](http://www.vbb-bund.de)  
[www.facebook.com/vbb.bund](https://www.facebook.com/vbb.bund)



Find us on Facebook

> dbb

>	nachrichten	25
>	hintergrund Föderalismus in Deutschland: Stabilität als „Work in Progress“	26
>	zwei fragen an ... ... Dr. Edmund Stoiber, Co-Vorsitzender der Föderalismuskommission I	29
>	die andere meinung Braucht der deutsche Föderalismus eine dritte Reform? Stresstest nicht bestanden	30
>	online Monitor Digitale Verwaltung #5 des Nationalen Normenkontrollrates	31
>	frauen Kongress „Digitaler Staat“	33
>	Familienbesteuerung: Neuen Konstellationen gerecht werden	34
>	jugend Forderungen der dbb jugend im Superwahljahr: Wie Politik den öffentlichen Dienst gestalten sollte	35
>	europa Auf dem Weg zur Gesundheitsunion	39
>	dbb dialog – Zukunft Europas: Handlungsfähige EU durch klare Zuständigkeiten	41
>	interview Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages	46

Wie bei jedem Plan müssen die angenommenen Rahmenbedingungen weitgehend eintreten, sonst wird die Realisierung schwierig bis unmöglich. Als Bundeswehrangehöriger könnte man jetzt den berühmten preußischen General und Kriegstheoretiker von *Clauzewitz* zitieren, der auf das schwierige Verhältnis zwischen „guter“ Planung und „schlechter“ Wirklichkeit verweist, wenngleich in einem anderen Zusammenhang. Machen wir es uns mit Blick auf die letzten einhalb Jahre einfach: Wir sind weit weg von der Normalität, wie wir diese zuvor gelebt haben. Frühere Selbstverständlichkeiten sind heute undenkbar, das trifft auch für den VBB zu.

Selten gab es so eine disruptive gesellschaftliche Entwicklung wie bei der COVID-19-Pandemie. Deutschland sei mittlerweile „mütend“, war kürzlich zu lesen, eine Wortschöpfung aus müde und wütend. Das ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Bei mir kamen zuletzt unerwartete gesundheitliche Belastungen noch dazu, weshalb ich als Bundesvorsitzender die ultimative Gewissensentscheidung „ganz oder gar nicht“ konsequent zu treffen hatte. Das Wohl von vielen, es wiegt schwerer als das Wohl von wenigen oder eines Einzelnen. Das bedeutet im vorliegenden Fall, dass der VBB vorgeht und ich persönliche Interessen zurückstelle. So diene ich dem VBB und meiner Gesundheit.

Selbstverständlich war und ist der Bundesvorstand das zuständige Gremium, das vom Bundesvorsitzenden zuerst über eine Entscheidung dieser Tragweite zu informieren ist.

## ► Bundesvorstand demonstriert entschlossenes Handeln

Die wohlüberlegte Sitzungsplanung wurde aufgrund der überraschend veränderten Rahmenbedingung schnell und formal korrekt aktualisiert. Jetzt war selbstverständlich die Aufrechterhaltung einer handlungsfähigen Verbandsführung nach dem Rücktritt des amtierenden Bundesvorsitzenden zum 30. Juni 2021 dominierender Schwerpunkt. Nach einem tiefen Blick in die Verbandssatzung und daraus folgenden zielführenden Aktionen wurde die bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende von *Bornstaedt-Küpper* zur neuen Bundesvorsitzenden ab dem 1. Juli 2021 gewählt.

Somit ist der Verband auf seiner wichtigsten Position neu besetzt und die wünschenswerte Kontinuität ist sichergestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die herzlichen Genesungswünsche und das ehrliche Mitgefühl bedanken, das ich nach der Veröffentlichung meines Amtsverzichts erfahren durfte. You never walk alone, das baut auf und macht wieder fit!

## ► Ehrungen

Weiter ging es mit dem emotionalen Auf und Ab: Ich hatte die Freude, den Bereichsvorsitzenden *Bernath* (VIII) und *Milles* (IX) die goldene Ehrennadel zu verleihen, Beisitzerin *Ott* wurde die silberne Ehrennadel verliehen; ich hatte mit Trauer den verstorbenen Ehrenmitgliedern *Zimmer* und *Oelmeier* zu gedenken.

Gehen wir nun von den Personalien zu den Sachfragen.

## ► Bundesvorstandssitzung und Personalmanagement

Jenseits meiner persönlichen Betroffenheit hatte ich als ei-

nen der Schwerpunkte der hybriden Frühjahrssitzung des Bundesvorstands die aktuellen Entwicklungen aus dem Personalmanagement aus ministerieller Sicht vorgesehen. Mir ist dabei wichtig, dass unsere Personalräte aus dem HPR sowie unsere Funktions-träger aus dem Bundesvorstand mit der ministeriellen Personalführung vertrauensvoll kooperieren, aber auch unterschiedliche Standpunkte akzeptieren und, wo immer möglich, gemeinsame Lösungen favorisieren. Dieser konstruktive, kritische Geist muss dann bundesweit in die Fläche getragen werden, damit die Kollegen und Kolleginnen vor Ort unser positives Einwirken zum Beispiel bei Beurteilungen, Beförderungen, Hebungen und Laufbahnfragen spüren können. Als ein Beispiel von vielen seien die Schwierigkeiten bei den Beurteilungsbestimmungen Ende letzten Jahres genannt, die ich zusammen mit der zuständigen Referatsleiterin aus dem Weg räumen konnte, so dass einem Erlass durch Staatssekretär *Hoofe* nichts mehr im Wege stand. Somit konnte mit der Beurteilungsrunde für den gehobenen Dienst verzugslos begonnen werden.

## ► Verbandsinternes: neue Richtlinien des VBB

Unterhalb der Satzungsebene gibt es wichtige Richtlinien, die immer wieder an aktuelle Regelungen und Rechtsprechung anzupassen sind.

Die vom VBB-Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 26. bis 28. April 2021 beschlossenen Richtlinien für die

► Kassenführung, Kassenprüfung, Beitragserhebung und Beitragsabführung sowie für die Abrechnung von Geschäftskonten (VBB-Kassenrichtlinien) gemäß § 33 (3) der Verbandssatzung,

► Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Vergütung von sonstigen Tätigkeiten (VBB-AE-Richtlinien) gemäß § 33 (2) der Verbandssatzung,

► Erstattung von Reisekosten (VBB-Reisekostenrichtlinien) gemäß § 33 (2) der Verbandssatzung

treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Ich erinnere an das Sprichwort: strenge Rechnung, gute Freundschaft!

## ► Rund um das Bundespersonalvertretungsgesetz BPersVG

Nicht nur für unsere Personalräte hat das BPersVG weitreichende Bedeutung, schließlich geht es um Beteiligung und Mitbestimmung für die Beschäftigten. Dankenswerterweise setzt sich der stellvertretende Bundesvorsitzende *Schäfer* intensiv in den fachlich zuständigen Gremien des dbb im Interesse unseres Verbandes ein, denn bei der Bundeswehr gibt es einige Spezialitäten in der Personalvertretung, die andere Ressorts in dieser Form nicht kennen. Sehr wertvoll ist in diesem Zusammenhang das „Doppelpassspiel“ im Bundesvorstand. Aus der Praxis für die Praxis trägt der Bereichsvorsitzende *Meister* dazu bei, mit Schulungen und fachlichen Kommentaren zum BPersVG eine Brücke zwischen Gesetz und praktischer Anwendung zu bauen. Das ist der richtige Weg, weiter so!

## ► Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!

Herausragende Ereignisse im Verbandskontinuum sind und bleiben erfolgreiche Personalratswahlen. Als Bundesvorsitzender konnte ich mich auf die AG Wahlen unter der Leitung des künftigen Kollegen *Espig* immer verlassen. Der Bundesvorstand dankte den Mitgliedern der AG Wah-

len ausdrücklich für die geleistete, wertvolle Arbeit unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen. Gleichzeitig wurde Kollege Espig gebeten, die Leitung der AG Wahlen wieder zu übernehmen, da der Bundesvorstand gerne auf seinen Erfahrungen aufbauen möchte. Besprochen wurden in diesem Zusammenhang die sogenannten „Berliner Beschlüsse“, also unsere verbandsinternen Regelungen zu Personalratswahlen. Über die „Berliner Beschlüsse“ wird noch gesondert informiert werden.

Interessant waren die Ausführungen des Bereichsvorsitzenden Bernath, der zu den Analysen hinsichtlich der letzten Personalratswahl und Schlussfolgerungen im Blick auf bevorstehende Wahlen berichtete, unterlegt mit positiven wie negativen Beispielen aus dem echten Leben. Die Botschaft ist klar: Wir sollten unsere Erfahrungen nutzen.

### ▣ Die AG Bundeswehrverwaltung

In den letzten VBB-Magazinen konnten Sie verfolgen, dass sich der VBB und seine Mitglieder mit der militärischen Besetzung von eigentlich zivilen Dienstposten beschäftigen. Die weiteren verbandsweiten Überlegungen dazu konzentrierten sich in der AG Wehrverwaltung unter der Leitung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Bornstaedt-Küpper. Selbstverständlich wurde dieser Themenkomplex in der Bundesvorstandssitzung besprochen. Das Ergebnis wollen wir Ihnen nicht vorenthalten, lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe.

So weit an dieser Stelle zur Frühjahrssitzung des Bundesvorstandes des VBB. Mich bewegen weitere Herausforderungen, die ich in nachfolgendem Themenblock skizzieren.

### ▣ Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr I: das gedeihliche Miteinander!

Welche Rolle spielt die Bundeswehrverwaltung in der öffentlichen Wahrnehmung? Was trägt die Bundeswehrverwaltung zum Gesamtergebnis Bundeswehr bei? Diese Fragestellungen sind Ihnen wohl bekannt, neben deren politisch-abstrakter Dimension betreffen diese Fragen mittelbar den gesamten zivilen Personalkörper. Wir wollen auf diese Fragen Antworten finden.

Es ist aus meiner Sicht bedauerlich, aber nachvollziehbar, wenn die Bundeswehr in der Öffentlichkeit weitgehend militärisch wahrgenommen wird. Ist das unabänderlich? Denken Sie beispielsweise an ein erfolgreiches Formel-1-Team, dort treten medial ebenfalls meist nur die Fahrer und der Teamchef in Erscheinung. Das qualifizierte und engagierte Team dahinter agiert überwiegend im medial verborgenen, aber der Fahrer wie der Teamchef wissen, wie wichtig diese Menschen und diese Organisation sind und werden deren Beiträge zum Erfolg klugerweise hervorheben. Bei uns in der Bundeswehr ist das häufig anders, der Anteil der Bundeswehrverwaltung wird gerne verschwiegen, es sei denn, um Probleme dorthin abzuwälzen. So wird dieses Verhalten wahrgenommen.

Es geht mir hier nicht um das übliche Konkurrenzdenken zwischen „Produktion und Verwaltung“, wie es häufig in Unternehmen vorzufinden ist, wo aber beide Bereiche nach außen als ein Unternehmen geschlossen auftreten. Darüber sollte nachgedacht werden! Mir geht es um den integralen Ansatz, wo Erfolg und Misserfolg des Teams Bundeswehr gemeinsam getragen wird. Leider hat sich in den Köpfen mancher Verteidigungspolitiker der Eindruck

verfestigt, die Verwaltung löse keine Probleme, sie mache Probleme. In vielen Gesprächen musste ich feststellen: Der traditionelle Verweis auf das Grundgesetz Artikel 87b reicht vielen Politikern nicht mehr aus, wie es die aktuellen Wahlprogramme der maßgeblichen Parteien ebenfalls belegen. Ob entsprechende politische Kräfte das Grundgesetz ändern oder aushöhlen können, wird sich zeigen, jedenfalls werden wir als VBB diesen Überlegungen weiterhin entschieden entgegengetreten müssen. Ich bezweifle stark, dass Manipulationen am Grundgesetz zu einer besseren Bundeswehr führen, wie sich manche Politiker erhoffen. In meinen Gesprächen zeigte sich allerdings auch, dass das Leistungsvermögen der Bundeswehrverwaltung unter den gegebenen Randbedingungen durchaus Anerkennung bei vielen Abgeordneten findet. Politische Landschaftspflege ist also weiterhin angesagt, der VBB und die Bundeswehrverwaltung haben damit ein fruchtbares Feld vor sich, das es gemeinsam zu beackern gilt.

### ▣ Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr II: breit denken, schmal fahren?

Spätestens nach der Bundestagswahl werden auf die Bundeswehr grundlegende Änderungen zukommen. Wie steht es dann um die Investitionen in die Sicherheit Deutschlands? Mit der beabsichtigten Rückkehr der Landes- und Bündnisverteidigung wird eine Anpassung in Struktur und Führung notwendig. Stäbe und zersplitterte Verantwortung gibt es offenbar im Überschuss, wogegen es an geeignetem Personal und Material erheblich mangelt. Die militärische Führung, allen voran Generalinspekteur Zorn, arbeitet intensiv an Vorschlägen zur Verbesserung der

Führungsfähigkeit und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Geänderte militärische Strukturen werden sich zwangsläufig auf die Bundeswehrverwaltung auswirken, aber was da genau kommen wird, ist derzeit unklar. Zudem ist im politischen Raum die Überzeugung für eine Reform, die klar die militärische Leistungsfähigkeit anstrebt, überschaubar. Generalinspekteur Zorn ist klug genug, die Rechnung nicht ohne den Finanzminister zu machen und hat sich im Interview mit der Zeitung „Die Welt“ dementsprechend vorsichtig geäußert: „Es wird sicher einen Kassensturz nach Corona geben. Ich denke, wir müssen danach unsere Zielvorstellungen noch einmal überprüfen.“

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wie sehen denn eigentlich die Zielvorstellungen für die Bundeswehrverwaltung aus?

Das Bundeswehrmagazin „loyal“ schreibt unter dem Titel „Bessere Aufstellung“ mit fast schon resignierendem Unterton zwischen den Zeilen: Sollte die angelaufene Ertüchtigung der Bundeswehr versanden, bleibt das bisherige Organisationsprinzip der Bündelung dürrer Ressourcen mit dosierter Abgabe das einzig Realistische, ob militärisch wertig oder nicht.

Allgemeine Tendenzen sind dennoch erkennbar, denn schon jetzt überlegt der Bundesfinanzminister, wo allgemein und wo im Einzelplan 14 gespart werden kann. Das kann der Verteidigungsministerin und dem Generalinspekteur nicht gefallen. Möglicherweise sind dies aber nur ein bedauerliches Einzelschicksal, denn der gesamte öffentliche Dienst steht offenbar zur politischen Disposition, wie aus den besorgten Veröffentlichungen des dbb und der Premiummedien zu entnehmen ist. >

## ► Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr III: Eckpunkte für die Zukunft der Bundeswehr

Auf der mit Spannung erwarteten Pressekonferenz am 18. Mai 2021 zeigte die Führung der Bundeswehr Geschlossenheit und Entschlossenheit nach außen. Gleichzeitig wurden die Betroffenen mit dem Tagesbefehl „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ nach innen informiert. Mit Umsetzungsvorschlägen hin zu einer zukunftsfesten Bundeswehr wird der lähmenden Stablastigkeit entgegengetreten und sich besser den internationalen Erfordernissen und nationalen Gegebenheiten angepasst. Erwartungsgemäß liegt der Schwerpunkt auf militärischen Strukturen und dem BMVg, gleichwohl haben Bundesministerin und Generalinspekteur die Wehrverwaltung nicht vergessen.

Ich muss zugeben, ich bin positiv überrascht von der beabsichtigten Vorgehensweise, denn ich hatte das zwiespältige Vergnügen, schon einige umfassende Reformen erleben zu dürfen. Die Vorstellungen der „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ klingen überzeugend anders, weniger blendender Glanz, mehr realistische Zielsetzungen als bei vorangegangenen Reformankündigungen. Allerdings gilt auch hier das zeitlose Bonmot des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, gesprochen 1984 in der Bundespressekonferenz: „Wichtig ist, was hinten rauskommt!“

Alle, wirklich alle im VBB sind deshalb aufgerufen, diese Reform kompetent, kritisch und konstruktiv zu begleiten, denn es geht nicht nur um das Große und Ganze, sondern um die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten. Die Bundeswehrverwaltung ist an einigen Stellen explizit angesprochen und

diese Chancen zur Weiterentwicklung sollten wir in unserem Sinne nutzen! Die Diskussion hat jedenfalls begonnen, denn die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Dr. Högl, kritisiert die Verteidigungsministerin *Kramp-Karrenbauer*. Die geplante Neuaufstellung der Streitkräfte könne nur mit Unterstützung des Bundestages und damit erst nach der Wahl beginnen. Auch inhaltlich äußerte Högl Vorbehalte. So würden etwa eine Reihe drängender Themen – wie die Beschaffung, die Infrastruktur und das Personal – in dem Reformpapier kaum angegangen.

## ► Jenseits der Bundeswehr

„Wer bezahlt die Krise?“ war im Tagesspiegel zu lesen, mit Verweis auf 650 Milliarden Euro Schulden und klammer Landeshaushalte. Das Übel nimmt anscheinend seinen Lauf. So streicht die neue grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg Stellen in der Landesverwaltung, andere Landesregierungen werden notgedrungen folgen. „Öffentlicher Dienst geht in der nächsten Sparwelle unter, wenn sich nichts ändert“ schreibt alarmierend der Behörden Spiegel.

Es ginge alternativ anders, das zeigt ein Gutachten des Bundes mit dem Titel „Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise“. Auf Bundesebene könnte mit intelligenten Investitionen viel Geld gespart werden, schlussfolgert der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Vor allem sollte der Staat aber die lange überfällige digitale Transformation der eigenen Dienstleistungen zügig umsetzen und die öffentlichen Verwaltungen konsequent digitalisieren, ist der Studie zu entnehmen.

Egal was kommt, wir werden starke Bundesbeamtenver-

bände und Gewerkschaften brauchen, die die Perspektiven und Interessen der Beamten und Beschäftigten kennen und vertreten.

## ► Andere Länder, andere Sitten

Gewerkschaften unerwünscht, titelt der Tagesspiegel! Da staunt der Laie und der deutsche Gewerkschaftsfachmann wundert sich. Amerikanische Beschäftigte stimmen gegen die Bildung einer Gewerkschaft in ihrem Betrieb, wie gerade bei Amazon in Alabama geschehen. Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen! Menschen, die in den USA leben, reagieren weniger überrascht. Dort lehnen Arbeitnehmer vor allem in den Südstaaten regelmäßig die Organisation in Gewerkschaften ab. Gewerkschaften sind dort nicht so gut beleumdet wie in Deutschland mit seiner jahrzehntealten erfolgreichen Tarifpartnerschaft. Der Widerwille gegen Gewerkschaften sitzt in den USA tief. Er speist sich teils aus prinzipiellen Einstellungen zur Rolle von Staat, Privatwirtschaft und Bürgern, teils aus negativen Erfahrungen mit Gewerkschaft. Jeder ist seines Glückes Schmied, lautet eine gängige Überzeugung. Die Erzählung von den „schädlichen“ Gewerkschaften hat USA-spezifische Gründe, aber sie wirkt dort bis heute. Diesen Blick über den Teich wollte ich Ihnen nicht vorenthalten, aber er erklärt auch den teilweise heftigen Widerstand amerikanischer Unternehmen gegen Gewerkschaften. Wie gesagt, andere Länder, andere Sitten.

## ► Auch das Schönste geht irgendwann zu Ende

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, dies ist mutmaßlich das letzte Editorial aus meiner Feder. An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich für die freundlichen Zuschriften zu

meinen Beiträgen und das große Vertrauen so mancher hochrangiger Entscheider. Die „gutmeinenden“ Kritiker ermuntere ich, es einfach besser zu machen.

Nicht alles Wünschenswerte ist machbar, diese Erfahrung musste ich einmal mehr machen. Leider sind viele Besuche und Veranstaltungen der Situation zum Opfer gefallen, also gerade das, was mir so viel Freude bereitet. Aber keine Sorge, ich bleibe lebensfroh und freue mich auf neue Herausforderungen, denn jedem Anfang soll bekanntlich ein Zauber innewohnen.

## ► Das Leben findet seinen Weg

Als exponierter Fürsprecher einer leistungsfähigen, selbstbewussten Bundeswehrverwaltung lege ich meinen weiteren beruflichen Weg nun vertrauensvoll in die Hände des Personalmanagements. Wir alle wissen, der Arm des Personalmanagements reicht weit und nicht nur Gottes Wege sind unergründlich. Schauen wir frohen Mutes und guter Hoffnung, welche neuen Wege sich da beruflich eröffnen ...

## ► Seien Sie nicht „mütend“, gestalten Sie mit!

Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden, wird von Hermann Hesse zitiert. So ganz von der Hand zu weisen ist das nicht, finde ich.

Liebe Leserinnen und Leser, nun sind Sie an der Reihe. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Themenpalette!

*Dr. Hans Wenzel*



# Wechsel an der Spitze des VBB

In der Frühjahrssitzung des Bundesvorstands des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) erklärte der derzeitige Bundesvorsitzende Herr Dr. Hans *Liesenhoff* aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt.

Auf Vorschlag der Bundesleitung stellte sich sodann die bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Imke von *Bornstaedt-Küpper* zur Wahl.

Der VBB-Bundesvorstand wählte Frau von *Bornstaedt-Küpper* mit großer Mehrheit in geheimer Wahl zur neuen Bundesvorsitzenden des

Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB). Der Wechsel wird zum 1. Juli 2021 vollzogen.

Das zweithöchste Gremium des VBB hat somit erneut seine Handlungsfähigkeit und Entschlusskraft bewiesen.



Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



[www.vbb-bund.de](http://www.vbb-bund.de)



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · [mail@vbb-bund.de](mailto:mail@vbb-bund.de)

# Bundeswehr der Zukunft – zur Pressekonferenz von AKK

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) begrüßt es ausdrücklich, dass die Verteidigungsministerin Annegret *Kramp-Karrenbauer* in ihrem am 18. Mai 2021 vorgestellten Papier „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ die Forderungen des VBB übernommen hat.



Der VBB hatte vor wenigen Wochen in dem Statement „Neue Wege für die Bundeswehrverwaltung“ Vorschläge zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehrverwaltung und damit einhergehend auch der Streitkräfte formuliert.

Diese sind:

- > Dezentralisierung, gerade im Hinblick auf die Landes- und Bündnisverteidigung,
- > Stärkung der militärischen

Kernaufgaben der Streitkräfte und starke zivile Strukturen in der Bundeswehrverwaltung,

- > Effektiver und effizienter Personaleinsatz innerhalb begrenzter Umfangszahlen durch Konzentration auf statusbezogene Ausbildung und Aufgaben.

Wir begrüßen an dieser Stelle die Aussage von Staatssekretär Gerd *Hoofe*, der sich im Zusammenhang mit dem Personal für

eine Entflechtung von Zuständigkeiten und die Stärkung der Eigenverantwortung ausspricht.

Positiv bewerten wir den Zuwachs bei den Bewerbungen für das Zivilpersonal (50 Prozent mehr bei Beamtinnen/Beamten und 22 Prozent plus bei den Tarifbeschäftigten). Hier fordern wir in unserem Statement eine Beschleunigung der Einstellungspraxis. So kann ein Aufwuchs an zivilem

Personal gewährleistet werden, der nötig ist, um der Truppe die Rückkehr zu ihren Kernaufgaben zu ermöglichen.

Auch die Erkenntnis, dass im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die Fachaufsicht wieder als Kernaufgabe in den Fokus rückt, findet unsere Zustimmung. Wir vertreten diese Auffassung schon länger und erneuern unsere Forderung, dass die Fachaufsicht der Bundeswehrverwaltung auch im Bereich von Personal und Ausrüstung von zivilen Abteilungsleitungen im BMVg wahrgenommen wird.

Die geplante Übernahme zusätzlicher Verwaltungsaufgaben durch das Streitkräfteamt beziehungsweise durch ein gegebenenfalls neu zu schaffendes Bundeswehramt wird vom VBB kritisch begleitet werden.

Eine Verständnisfrage drängt sich bei der Durchsicht der Eckpunkte allerdings auf: Welches Aufgabenportfolio gibt es für die Streitkräfte im Bereich des Heimatschutzes – unabhängig von der verfassungskonformen Amtshilfe? Haben hier bereits Zuständigkeitsabsprachen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) stattgefunden? ■

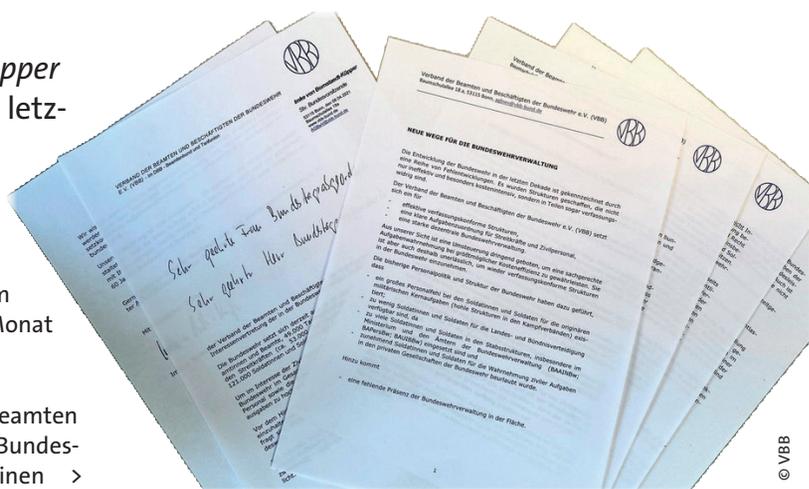
## Neue Wege für die Bundeswehr

Unter Leitung der bislang stellvertretenden Bundesvorsitzenden Frau *von Bornstaedt-Küpper* arbeitete die AG Bundeswehrverwaltung im letzten halben Jahr Schwerpunkte heraus, wie die Bundeswehr wieder zukunftsfähig gemacht werden kann.

Herausgekommen ist dabei unter anderem auch ein Papier, welches sich mit dem vorhandenen Personal beziehungsweise Personalfehl, den Personalkosten sowie dem Verteidigungsetat ausein-

andersetzt und das dem Parlament im letzten Monat übermittelt wurde.

Dass der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) damit einen >



Nerv getroffen hat, zeigt die aktuelle Berichterstattung.

Das Verteidigungsministerium soll ziviler werden – Augen geradeaus!

Der Artikel kann unter [https://augengeradeaus.net/2021/05/das-verteidigungsministerium-](https://augengeradeaus.net/2021/05/das-verteidigungsministerium-soll-ziviler-werden/?fbclid=IwAR0IBdVjj4o6z1oPovSGqshKU3RoDbQD2nEYlipRzkWHVgU3Ricqyehip-8)

soll-ziviler-werden/?fbclid=IwAR0IBdVjj4o6z1oPovSGqshKU3RoDbQD2nEYlipRzkWHVgU3Ricqyehip-8 nachgelesen werden.

Die Aussage im Artikel, dass die Änderung der Dienstposten von den Personalkosten her kein Unterschied macht, können wir so nicht stehen lassen.

Wie der VBB in seinem Papier deutlich macht, erhalten die Soldatinnen und Soldaten zur Wahrnehmung ihrer spezifischen Aufgaben (militärische Expertise) eine aufwendige Ausbildung, die besonders gut, besonders lang und besonders teuer ist. Diese Fähigkeiten gilt es auch bei Be-

setzung von zivilen Dienstposten weiter zu erhalten (regelmäßige Freistellung für Dienstsport et cetera). Kostensteigernd wirken sich auch die frühere Zurruesetzung sowie die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung im militärischen Bereich aus. ■

## Lotse der Wehrverwaltung geht von Bord

Ein Lotse ist in der Seefahrt ein erfahrener Nautiker und Berater mit langjähriger praktischer Erfahrung, der bestimmte Gewässer so gut kennt, dass er Schiffe sicher vorbei an Hindernissen und durch Untiefen geleiten kann.

Treffender kann man Herrn *Fahl*, Stellvertreter der Abteilungsleiterin IUD im BMVg, dessen über 40-jährige Tätigkeit in der Bundeswehr und im BMVg Ende Juni dieses Jahres endet, nicht charakterisieren.

Nach seiner Verwendung als Soldat auf Zeit Mitte der 70er-Jahre und einem Jurastudium trat er 1984 in die Wehrbereichsverwaltung (WBV) Hannover als Dezernent der Rechts- und Wirtschaftsabteilung ein. Von 1987 bis 1992 war er mit unterschiedlicher Zeitdauer als Leiter von vier Kreiswehersatzämtern eingesetzt, danach wieder in der WBV als Leiter der Dezernate Personal und Organisation sowie Leiter der Abteilung Wehersatzwesen, Soziales und Recht.

Aufgrund seiner Ideen und innovativen Arbeitsweise holte man Herrn *Fahl* Anfang 2004 in das BMVg. Dort übertrug man ihm die Leitung der Referate WV I 1 und WV I 2 – Organisation, Dienstaufsicht, Konzept und Planung Territoriale Wehrverwaltung.

Von 2008 bis 2012 leitete er die Unterabteilung WV I – Planung Territoriale Wehrverwaltung/Wehersatzwesen. Seit über neun Jahren ist er Stell-



© BMVg

vertreter der Abteilungsleiterin IUD. In der gesamten Zeit war er dem VBB eng verbunden.

Dies war für uns ein Anlass, ihn um ein Resümee zu bitten:

Meine SaZ-Zeit Mitte der 70er und meine ersten Jahre in der

Wehrverwaltung, so *Fahl*, waren geprägt durch die „Strategie der Abschreckung“, das heißt kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Die Bundeswehr hatte innerhalb der NATO einen erheblichen Anteil hieran mit rund 500.000 Soldatinnen und Sol-

daten und einer entsprechenden Anzahl an Reservisten sowie rund 170.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach der Wiedervereinigung erhöhte sich diese durch übernommenes NVA-Personal auf rund 520.000 Soldaten und rund 220.000 zivile Beschäftigte.

In der Folge gab es weltweit eine Vielzahl regionaler, ethnisch und/oder religiös motivierter Konflikte, die nur durch die internationale Staatengemeinschaft gelöst oder befriedet werden konnten. Damit war in der erweiterten Bundesrepublik die intensive Diskussion über eine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen eröffnet. Wesentliche Kriterien der Streitkräfte wurden Mobilität, Aufwuchsfähigkeit und Multinationalität. Dem versuchte die Bundeswehr zunächst durch die Unterteilung in Krisenreaktionskräfte und Hauptverteidigungskräfte Rechnung zu tragen.

Daneben waren die neuen Aufgaben der Bundeswehr mit Spazwang, unter anderem bedingt durch den Aufbau der neuen Bundesländer, in Einklang zu bringen. Da für die Wahrnehmung internatio-

naler Aufgaben weniger Soldaten benötigt würden, sollte überwiegend über Personalmaßnahmen der nötige Spielraum, unter anderem für die Beschaffung von leicht verlegbarem Gerät, gewonnen werden. Der Friedensumfang wurde auf 340.000 Soldaten verringert. Der Verteidigungsumfang reduzierte sich auf maximal 700.000. Das Zivilpersonal wurde auf rund 140.000 reduziert.

Die Größe „meines Bereiches“ der sogenannten „Territorialen Wehrverwaltung“, das heißt der zivilen Verwaltung der Bundeswehr mit Ausnahme des Verwaltungspersonals in den Streitkräften, des Rüstungsbereichs, der Militärseelsorge und der Rechtspflege, erreichte im Jahr 1991 ihren Höchststand mit 418 Dienststellen und über 80.000 Dienstposten. Sie wurde parallel zur Reduzierung der Streitkräfte bis 1998 auf 261 Dienststellen und 56.500 Dienstposten reduziert. Es gab neben dem für zentrale Aufgaben zuständigen Bundesamt für Wehrverwaltung unter anderem sieben regional zuständige Wehrbereichsverwaltungen, 128 Standortverwaltungen und 83 Kreiswehersatzämter. Das Personal motiviert und sozialverträglich weiterbeschäftigen, war auch für mich keine leichte Aufgabe.

Mitte des Jahres 2000 verabschiedete das Bundeskabinett zur „Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf“ die „Eckpfeiler der konzeptionellen und planerischen Neuausrichtung der Bundeswehr“.

Der Gesamtumfang der Soldatinnen und Soldaten wurde von 340.000 auf 285.000 DP verringert. Der Anteil der Territorialen Wehrverwaltung wurde auf 55.000 DP reduziert, die Zahl ihrer Dienststellen von 261 auf 214 (unter anderem BAWV, 4 WBV, 74 StOV und 81 KWEA).

Damit verbunden war unter anderem die Ausrichtung auf Public Private Partnership (PPP) mit der Gründung der g.e.b.b. als Inhousegesellschaft, der BwFuhrpark GmbH und der LH Bekleidung, eine stärkere Kooperation mit der Wirtschaft und die grundlegende Modernisierung der „Weißen IT“ im Rahmen des HERKULES-Vertrages.

Die internen Strukturen und Abläufe in der Wehrverwaltung veränderten sich durch Einführung von SAP zur Beseitigung der DV-„Insellösungen“ und Straffung der Abläufe im Bereich Liegenschaftsbetrieb. Die Mobilität und Qualität der Aufgabenwahrnehmung in den Standortverwaltungen wurde durch die flächendeckende Ausstattung mit Werkstatt- und Servicefahrzeugen und mobiler Kommunikation entscheidend verbessert. Es folgte die Neuordnung des Verpflegungswesens mit einer Umstellung auf zeitgemäße Produktionsverfahren und einer Erprobung eines Vergabemodells Verpflegung (mit negativem Ausgang). In den Kreiswehersatzämtern wurde eine prozessorientierte Teamstruktur etabliert.

2004 wurde im Rahmen der „Transformation der Bundeswehr“ das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr erneut angepasst; ihr Grundumfang wurde auf rund 250.000 Soldatinnen und Soldaten festgelegt. Die Standorte wurden um rund 100 reduziert. Mit der Transformation gingen in der Territorialen Wehrverwaltung einher die aufbau- und ablauforganisatorische Ausrichtung auf die Einsatzaufgaben mit der Aufstellung eines Einsatzführungszentrums im Bundesamt für Wehrverwaltung sowie der Einrichtung von Einsatzdienstposten für Sofortaufgaben und zur Gewährleistung der Durchhaltefähigkeit in den Einsätzen. Ein besonders wichtiger Schritt war die Zusammenführung

von in den Streitkräften in 330 Truppenverwaltungen wahrgenommenen administrativen Aufgaben mit den Aufgaben der bisherigen 75 Standortverwaltungen in 53 Bundeswehr-Dienstleistungszentren (BwDLZ) im Rahmen eines gesamtorganisatorischen Ansatzes und die Straffung der WBV, insbesondere der Außenstellen. Die BwDLZ sind und bleiben ein Erfolgsmodell – hierauf bin ich besonders stolz.

Die zivilen Dienstposten wurden auf 75.000, der Dienstpostenanteil der TerrWV auf rd. 34.000 DP reduziert. Die Zahl der Dienststellen wurde von 418 im Jahr 1991, 261 im Jahr 1998, 192 im Jahr 2004, und 176 im Jahr 2006 auf 133 verringert.

Im Jahr 2009 gab es einen für die für die Infrastruktur zuständige Wehrverwaltung wichtigen Schritt: den Abschluss der Dachvereinbarung zur Umsetzung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmAG) im Geschäftsbereich des BMVg. Einerseits wurde die Eigentümerfunktion vom BMVg auf die BlmA übertragen und ein Vermieter-Mieter-Verhältnis begründet. Andererseits behielt die Bundeswehr den für sie notwendigen Handlungs- und Stationierungsspielraum, da unter anderem die Bauaufgaben für die militärischen Liegenschaften und der Infrastrukturbetrieb bei der Bundeswehr verblieben. Der Weiterverkauf/die Verwertung nicht mehr benötigter Liegenschaften (als Teil der Konversion) wurde der BlmA übertragen. Beide Aufgabenfelder IUD und BlmA laufen – unter schwierigen Rahmenbedingungen – professionell. Zu dieser für die Bundeswehr pragmatischen und insbesondere für die Wehrverwaltung tragfähigen Lösung beizutragen war, neben der Bildung der BwDLZ, eine meiner größten Herausforderungen.

Nach dem Aussetzen der verpflichtenden Einberufung zum Grundwehrdienst 2011, deren Umsetzung mir nicht leicht gefallen ist, wurden im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr Eckpunkte für den neu zu bildenden Bereich IUD entschieden: Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bw, Erhöhung von Effektivität und Effizienz, gemischt zivil-militärische Strukturen und eine Obergrenze von 55.000 HHSt für das Zivilpersonal.

Abgeleitet aus den Eckpunkten wurden Einzelprojekte beauftragt. Im Mittelpunkt unseres Projektes Infrastruktur und Dienstleistungen stand und steht der Bau und Betrieb der Infrastruktur für die Bundeswehr mit all seinen Facetten, die Bündelung der gesetzlichen Schutzaufgaben und der öffentlich-rechtlichen Aufsicht sowie die Zusammenfassung aller Verpflegungsprozesse unter einheitlicher Führung im Bereich IUD.

Die Neuausrichtung betraf erstmals alle Ebenen und alle Aufgabenfelder. Sie begann wie in den Streitkräften und den zivilen Bereichen im April 2012 auch im Bereich IUD im BMVg mit einer Ausgliederung umfangreicher operativer Aufgaben und Organisationselemente und der Indienststellung des BAIUDBw am 30. Juli 2012.

Fachliche und organisatorische Verantwortung wurden auf der Grundlage einer Prozessanalyse und optimierten Prozessen zusammengeführt. Die Aufgaben Bedarfs-träger und Bedarfsdecker wurden in allen Bereichen gebündelt. Damit gibt es für jede Fach-/Unterstützungsaufgabe nur noch einen Verantwortlichen, der das Sagen hat, aber auch seinen Kopf hinhalten muss, wenn es nicht funktioniert. >

Dies führte zu durchgehend gut funktionierenden gemischt zivil/militärischen Strukturen und erheblich beschleunigten Abläufen; das Spannungsfeld zwischen Fordernden und Leistenden wurde reduziert.

Hierarchieebenen wurden abgebaut. Die dreistufige Verwaltungsstruktur war mit dem Wegfall der Wehrbereichsverwaltungen 2013 Vergangenheit. Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (BAIUDBw) hatte nunmehr mit seinen an den

regionalen Schnittstellen ausgebrachten sieben Kompetenzzentren Baumanagement, dem Verpflegungsamt der Bw in Oldenburg und dem Zentrum für Brandschutz in Sonthofen die gebündelte operative Verantwortung.

Auch diese war zu organisieren. Auf Ortsebene nehmen seitdem im Inland die BwDLZ, im Einsatz flexible Einsatzwehrverwaltungsstellen und im Ausland Auslandsdienststellen in angepasster Form die Dienstleistungen aus einer Hand

wahr – ein Erfolgsmodell. Kurze, schnelle Entscheidungswege mit korrespondierenden Befugnissen insbesondere im operativen Bereich ist der Weg, den es weiter zu verfolgen gilt – was auch geschieht.

Lassen Sie mich damit meinen kurzen Rückblick auf mein „dienstliches Leben“ beenden. Viele Dinge wurden und werden seitdem auf den Weg gebracht.

Zum Schluss möchte ich das ins Gedächtnis rufen, was uns, WV und IUD, insbeson-

dere als es wiederholt um unsere zukunftsfähigen Strukturen ging, stark gemacht hat:

unser persönlicher Zusammenhalt, unser Selbstverständnis, unsere pragmatische eng verzahnte Arbeitsweise mit kurzen Wegen und schnellen von allen getragenen Ergebnissen.

Dieses sollten wir bewahren und auch zukünftig danach handeln. ■

## Systemfehler behoben – Riestermeldungen funktionieren wieder fehlerfrei

Aufgrund technischer Probleme im Meldeverfahren „Riester“ war es im Jahr 2020 dazu gekommen, dass Meldungen aus dem Personalwirtschaftssystem der Bundeswehr von der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) bei der Deutschen Rentenversicherung Bund nicht verarbeitet werden konnten.

Zulagen zu Sparbeiträgen und Steuervorteile waren gefährdet. Mit Recht kam es zu zahlreichen Beschwerden, weil die

ZfA betroffenen Berechtigten die Zulagenberechtigung nicht anerkannte. Zudem kam es in der Folge zu unberechtigten Steuerrückforderungen.

Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) konnte hier rasch helfen und die notwendige – ärgerlich lange dauernde – Nachbesserung des Personalwirtschaftssystems überbrücken. Die Kolleginnen und Kollegen des Referats BAPersBw I 4.4 haben im Rahmen einer Schwerpunktbildung alle gemeldeten Fehler mit hohem Einsatz und Engagement aufgegriffen und Tausende Riestermeldungen manuell abgesetzt, um persönliche Nachteile der Betroffenen abzuwenden. Dies musste und konnte auch im Jahr 2021 erfolgreich fortgeführt werden.

Nun ist dieser erhebliche Mehraufwand nicht mehr nötig. Dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) ist es schlussendlich gelungen, den Systemfehler zu bereinigen. Der technische Übertragungsweg „PersWiSysBw zur ZfA“ funkti-

oniert nun wieder ordnungsgemäß und fehlerfrei, wie Tests ergeben haben.

Alle Riestermeldungen seit Oktober 2019 wurden zur nachhaltigen Fehlerbereinigung erneut an die ZfA gesendet, die den erfolgreichen Versand bereits gegenüber dem BAAINBw bestätigt hat. Stichprobenartige Prüfungen des BAPersBw haben dies ebenfalls bestätigt.

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) dankt den Kolleginnen und Kollegen des BAPersBw sowie des BAAINBw für ihr erfolgreiches Engagement. Ein für viele Beschäftigte mit großem Ärger und Aufwand verbundener Systemfehler ist endlich Geschichte. Erfreulich ist, dass der mit hoher Belastung verbundene Einsatz bei der Abwicklung manueller Meldungen nachhaltigen Schaden für die Betroffenen abwenden konnte. ■

